



MEHR GRÜN

FÜR DEN KREIS HERFORD
Programm zur Kreistagswahl 2014

MEHR GRÜN FÜR HIER.



PRÄAMBEL

Die Arbeit des Kreistages, der Landrätin/des Landrates und der Kreisverwaltung haben in vielen Bereichen unmittelbare Bedeutung für die Lebensqualität im Kreis Herford. Der Kreis ist z.B. zuständig für zentrale Bereiche der öffentlichen Sicherheit, der Polizei, des Schul- und Bildungswesens, des Gesundheitswesens, des Umweltschutzes und der Wirtschaftsförderung.

Der Kreis finanziert seine Aufgaben etwa zur Hälfte aus Landeszuweisungen und über die Kreisumlage, die von den kreisangehörigen Kommunen getragen wird. Vor diesem Hintergrund ist die Frage wichtig, wer im Kreis Herford welche Aufgaben erfüllt und wo koordiniertes und gemeinsames Handeln effektiv ist. Eine Aufgaben- und Kostentransparenz ist deshalb dringend erforderlich.

Wir GRÜNEN setzen uns ein für gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit für alle, in der Bildung, beim Zugang zum Arbeitsmarkt und im Umgang mit Benachteiligten und Schutzsuchenden.

Wir GRÜNEN treten für den Erhalt von Natur und Landschaft ein.

Wir GRÜNEN unterstützen die bäuerliche Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung. Unser politisches Leitbild ist die Nachhaltigkeit. Grüne politische Entscheidungen orientieren sich an sozialer Gerechtigkeit, der ökologischen Tragfähigkeit und dem wirtschaftlich Realisierbarem.

Wir GRÜNEN haben mit der Quotierung der Listen nach dem Reißverschlussprinzip erreicht, dass in unseren eigenen Gremien wie auch in den Räten und Parlamenten Frauen und Männer gemeinsam Verantwortung übernehmen und Gesellschaft verändernd gestalten.

Mit unserem Kreiswahlprogramm wollen wir Ihnen einen Leitfaden unserer politischen Vorstellung an die Hand geben und Sie ermutigen, bei der Wahl das Kreuz an der entsprechenden Stelle zu machen.

Die Mitglieder des Kreisverbandes Herford

INHALTSVERZEICHNIS

Präambel	3
Inhaltsverzeichnis	4
Gesunde Umwelt	5
Klimaschutz und Energie	6
Zukunftsorientierte Wirtschaft	7
Politik für VerbraucherInnen	9
Umweltfreundliche Mobilität für alle	10
Bildung von Anfang an und lebenslang	10
Miteinander gut leben: weniger, älter, bunter, gesünder	12
Existenz sichern, Teilhabe garantieren, Selbstbestimmung ermöglichen	15
Gleichstellung in allen Bereichen	16
Die Jugend ist unsere Zukunft	17
Liste der Kandidaten	18

GESUNDE UMWELT

Um die Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen zu erhalten, muss in einem positiven Kreislauf mit der Umwelt gewirtschaftet werden. Dabei geht es inzwischen um den Erhalt der biologischen Vielfalt insgesamt. In den letzten Jahren sind allein in Deutschland mehr als 500 Tier- und Pflanzenarten ausgestorben und viele weitere bedroht!

Vordringliches Ziel „grüner Politik“ der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Einsatz für den nachhaltigen Schutz von Natur und Landschaft und damit für die Erhaltung ortsnaher Erholungsräume.

Der Freiflächenverbrauch für bauliche Maßnahmen hat zur Vernichtung von Erholungsflächen, landwirtschaftlichen Nutzflächen und Biotopen geführt.

Ziel sowohl der Bundes- als auch der Landespolitik ist es dagegen, den Flächenverbrauch drastisch zu reduzieren.

Der Kreis Herford gehört zu den dicht besiedelten und zersiedelten Regionen Deutschlands, mit lediglich 8% Waldanteil ist dieser der waldärmste Kreis in ganz NRW.

Begradigte oder verrohrte Bachläufe begünstigen die Überschwemmung von Feldern, Straßen und Kellern. Es gilt, die bestehenden Lebens- und Erholungsräume für den Menschen aktiv zu erhalten und zu erweitern. Auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist eine aktive Umweltpolitik geboten: Die Beseitigung von Umweltschäden bezahlt in der Regel die Allgemeinheit, während der zuvor erwirtschaftete Gewinn den VerursacherInnen zugute kommt.

Im Sinne eines vorbeugenden Gesundheitsschutzes sind die natürlichen Lebensgrundlagen wie Wasser, Luft und Boden besonders zu schützen. Der Schadstoffeintrag aus Pflanzenschutzmitteln und nitrathaltigen Düngemitteln ist zu verringern, statt die Grenzwerte wie bei dem Wirkstoff Glyphosat (enthalten im Totalherbizid Roundup) anzuheben. Auch die Versauerung unserer Böden und deren Anreicherung mit Stickstoff aus Industrie, Verkehr und Landwirtschaft ist dringend zu reduzieren, um die Ökosysteme nicht noch stärker zu belasten. Für die Menschen in unserer Region werden außerdem der Lärm und die Feinstaubbelastung zum zunehmenden Problem.

Wir setzen uns daher ein für

- ein Waldvermehrungskonzept zur Verbesserung von Landschaftsstruktur und Klima
- die Renaturierung der Bach- und Flussläufe des Ravensberger Hügellandes zum Erhalt der Lebensgrundlage zahlreicher Pflanzen und Tiere und wirksamer Hochwasserschutz
- einen sparsamen Umgang mit Freiflächen, eine Entsiegelung von Flächen sowie einen Verzicht auf überflüssige Straßenbauvorhaben
- einen wirksamen Lärmschutz an den Bundesautobahnen
- die konsequente Umsetzung und Finanzierung der Landschaftspläne, wie sie in den letzten Jahren auch auf Grund unserer Initiativen erfolgt ist.
- die Fortführung der Gesundheitskonferenz auf Kreisebene.

KLIMASCHUTZ UND ENERGIE

Der Weltklimarat erklärte auf seiner letzten Konferenz den Klimawandel für unzweifelhaft, unumkehrbar und maßgeblich von den Menschen verursacht. Zu den Folgen zählt der Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 3,7 m, das Abschmelzen der Gletscher und der Polkappen sowie das Aussterben von bis zu einem Drittel der Pflanzen- und Tierarten bis Ende des Jahrhunderts. Um diesen Trend zu stoppen, müssten wir in Deutschland die CO₂-Emissionen, von derzeit 10 Tonnen auf 1,2 Tonnen pro Kopf und Jahr, senken! Durch unseren energieintensiven Lebensstil liegt dieses Ziel in weiter Ferne.

WIR LEHNEN FRACKING ZUR ERSCHLIESSUNG VON UNKONVENTIONELLEN SCHIEFERGASVORKOMMEN ENTSCHEIDEN AB.

Auf Initiative der GRÜNEN im Kreistag sind in den letzten Jahren einige positive Maßnahmen ergriffen worden, die es weiterzuführen gilt:

- Durch ein konsequentes Energieeinsparcontracting konnte bei den kreiseigenen Liegenschaften der CO₂-Ausstoß in den letzten fünf Jahren um 20% gesenkt werden.

Erklärtes Ziel ist es, im Zeitraum von 1990 bis 2020 eine Emissions-Reduktion von 40% zu erreichen.

- Umgesetzt wurde auch das Solarkataster (www.solardachkataster-kreis-herford.de), durch das sich alle EinwohnerInnen über die Möglichkeit der Solarnutzung des eigenen Hausdaches informieren können.
- Im Aufbau befindet sich ein kreisweites Beratungsnetzwerk für erneuerbare Energie (BEE).

In Kürze wird ein kreisweites Klimaschutzkonzept als strategische Entscheidungsgrundlage für künftige Planungen vorliegen. Es soll CO₂-Einsparpotentiale im Gebäudebestand, der Industrie, der Energieerzeugung oder im Verkehrsbereich aufzeigen. Die Windenergiepotentialstudie des Landes NRW hat festgestellt, dass es im Kreis Herford ein nutzbares Windenergiepotential von bis zu 50 MW gibt. Mit Hilfe des Klimaschutzkonzeptes kann genauer beurteilt werden, in welchem Umfang und wo der Ausbau regenerativer Energien sinnvoll und machbar ist.

Eine erfolgreiche Energiewende setzt die Akzeptanz der Bevölkerung voraus. In Zusammenarbeit mit dem BEE und der Beratungsstelle Energie-Dialog des Landes NRW können sich alle EinwohnerInnen über Planungen von Wasser-, Wind- oder Biogasanlagen unabhängig beraten lassen.

Wir setzen uns ein für

- eine direkte Bürgerbeteiligung an erneuerbaren Energieanlagen
- Klimaschutz im Verkehrsbereich durch die Förderung des ÖPNV und den Ausbau des Radwegenetzes (z.B. Radschnellweg im Kreis Herford)

ZUKUNFTSORIENTIERTE WIRTSCHAFT

Angesichts steigender Energie- und Rohstoffpreise stehen die Unternehmen besser da, die nicht allein auf eine kurzfristige Rendite achten, sondern langfristig, d.h. nachhaltig planen. Gute Marktchancen werden künftig Produkte haben, die mit weniger Material- und Energieverbrauch auskommen, aber auch solche, die mehr auf Klasse als auf Masse setzen.

Beides verlangt hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Wettbewerbsvorteile beruhen in erster Linie auf dem Wissen und Können der Beschäftigten.

Vernetzung und Kooperation bieten die Möglichkeit, voneinander zu lernen und gemeinsam Initiativen zu starten, die den Kreis Herford als Wirtschaftsstandort stärken.

Die ist die Aufgabe der Wirtschaftsförderung des Kreises Herford.

Notwendig ist hierfür eine mitdenkende und effektive Verwaltung, die das Prinzip des ‚Einen Ansprechpartners‘ nicht nur Unternehmern und Unternehmerinnen, sondern allen Einwohnern und Einwohnerinnen anbietet.

Entwicklungschancen für den Kreis Herford liegen auch in einer größeren Kooperation untereinander in den Bereichen Gesundheit, Kultur, Ökologie, Gastronomie und Unternehmen.

Touristische Konzepte, die die vielfältigen Angebote der schönen und interessanten Orte im Kreis Herford miteinander verknüpfen, machen den Kreis für seine EinwohnerInnen und TouristInnen attraktiver.

Wir unterstützen

- jede kommunale Politik, die den Unternehmen Anreize gibt, auszubilden und Arbeitskräfte weiterzubilden. Die Begünstigung von Ausbildungsbetrieben bei Ausschreibungen ist ein geeignetes Mittel
- eine stärkere Kooperationen zwischen unserer Wirtschaft, den umliegenden Fachhochschulen, den Universitäten und dem Kreis Herford
- die Gründung einer Frauenfachhochschule für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) auf den frei werdenden Flächen der britischen Streitkräfte in der Stadt Herford
- den Ausbau von thematischen Touren zum Wandern, In-Linern, Fahrrad- und Kanufahren in Zusammenarbeit mit den Naturschutzorganisationen

POLITIK FÜR VERBRAUCHERINNEN

VerbraucherInnenpolitik wird im Wesentlichen durch die Gesetze des Bundes und der EU bestimmt, doch wir haben im Kreis Herford Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen.

Auf grüne Initiative bezeichnet sich der Kreis Herford seit 2011 offiziell als gentechnikbaufreie Region.

Eine entsprechende Erklärung wurde vom Landwirtschaftlichen Kreisverband Herford, der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft, dem ev. Kirchenkreis Herford, dem BUND und vom Kreislandwirt unterzeichnet.

Die Imker und Imkerinnen befürchten, dass gentechnisch veränderte Pflanzen die Lebensgrundlage der Bienen gefährden. Noch wissen wir über Langzeitfolgen für Menschen und Umwelt zu wenig. Im Übrigen befürchten wir, dass unsere Bäuerinnen und Bauern von den wenigen Chemiekonzernen abhängig werden könnten.

Wir setzen uns ein

- für die Einrichtung einer Beratungsstelle für Verbraucherschutz
- für eine „bäuerliche Landwirtschaft“, in der der Wirtschaftskreislauf eingehalten wird und Massentierhaltung keinen Platz findet
- für Vielfalt in der Produktion, eine Stärkung der regionalen Vermarktung und eine größere Lebensmittelsicherheit durch entsprechende Kontrollen.

UMWELTFREUNDLICHE MOBILITÄT FÜR ALLE

In den vergangenen Jahren ist im Kreis Herford einiges verbessert worden.

Der Nahverkehr hat feste Taktzeiten und ist größtenteils pünktlich. Bus und Bahn sind an vielen Stellen miteinander vernetzt. In manchen Kommunen fahren Stadt- oder Taxibusse.

Die Verbindungen per Bahn, Bus, PKW, Fahrrad und zu Fuß sind so flexibel miteinander zu verknüpfen, dass eine schnelle, preisgünstige und umweltschonende Mobilität möglich ist. Das verlangt von der Stadtplanung unsere Wohn- und Arbeitsumfelder nach dem Prinzip der kurzen Wege zu gestalten.

Wir fordern

- eine bessere Information der Einwohnerinnen und Einwohner zur leichteren Nutzung des öffentlichen Verkehrs
- die Möglichkeit der Mitnahme von Fahrrädern im Öffentlichen Personennahverkehr

BILDUNG VON ANFANG AN UND LEBENSLANG

Bildung ist ein Schlüssel zu Zufriedenheit und Erfolg im Beruf. Bildung ist eine Grundlage demokratischer Mitbestimmung. Bildung entscheidet über die Lebenschancen. Investitionen in die Bildung und Ausbildung sind Investitionen in die Zukunft des Kreises Herford. Hier ausgebildete Fachkräfte bleiben vor Ort, weitere Fachkräfte werden angezogen.

Gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen im Kreis Herford – unab-

hängig ihrer sozialen Herkunft – sind das zentrale Ziel grüner Bildungspolitik.

Dieses Ziel ist nur zu erreichen in einer Regionalen Bildungslandschaft, in der alle Verantwortlichen eng zusammen arbeiten, um ihre Bildungs- und Ausbildungsangebote aufeinander abzustimmen. Dazu gehören vor allem die verschiedenen Schulen und Schulformen in den Kommunen des Kreises, die Berufskollegs, die Betriebe, die Arbeitsagentur, das Jobcenter, die überbetrieblichen Ausbildungsstätten, die Kammern und die Gewerkschaften.

Der Kreis hat in den letzten Jahren eine Reihe von Arbeitsgruppen und Veranstaltungen initiiert, in denen die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure organisiert wird, z.B. Bildungskonferenzen oder den Arbeitskreis Schule-Beruf.

Wir setzen uns dafür ein, dass diese Aktivitäten fortgeführt und folgende Schwerpunkte gesetzt werden:

- Die Schulentwicklungsplanung ist in enger Abstimmung mit den Kommunen zu intensivieren und zu beschleunigen. Zurück gehende SchülerInnenzahlen verändern die Schullandschaft. Entscheidungen darüber, ob und ggf. wo Schulen zusammengelegt oder auch geschlossen werden, sind zwischen den Kommunen abzustimmen.
- Eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre ist die Umsetzung der Inklusion, vor allem im Bildungsbereich. Hier ist besonders die Landesregierung aufgefordert, gute Voraussetzungen zu schaffen. Konkrete Entscheidungen über die Zukunft der Förderschulen und den Übergang zu einem stärkeren gemeinsamen Lernen im Regelsystem müssen jedoch vor Ort getroffen und kreisweit abgestimmt werden. Dieser Prozess ist vom Kreis zu gestalten. Die Lehrkräfte sind durch Qualifizierungsangebote zu unterstützen.
- Das Angebot an Ausbildungsplätzen ist auch durch Kooperation zwischen verschiedenen Betrieben zu erhöhen. Der Kreis sollte insbesondere bei größeren Betrieben aktiv für mehr Ausbildungsbereitschaft werben, um nicht weiterhin zu den Schlusslichtern bundesweit zu gehören.
- Jugendliche sind bei ihrer Berufswahl frühzeitig und professionell zu unterstützen und zu beraten, um den Übergang zwischen Schule und Ausbildung zu erleichtern und die Abbrecherquoten zu verringern. Dazu sind Qualifizie-

rungsangebote für Beratungslehrkräfte anzubieten. Das Projekt 'Kommunale Koordinierung' soll den Übergang zwischen Schule und Beruf unterstützen. Dazu sollte es personell und sachlich optimal ausgestattet werden.

- Dort wo das Duale System nicht mehr funktioniert, sind andere Formen der Ausbildung mit anerkannten Abschlüssen in vollzeitlichen Bildungsgängen zu entwickeln.
- Eine durchgängige intensive Sprachförderung in Deutsch als Zweitsprache von Anfang an ist eine entscheidende Voraussetzung für den schulischen und beruflichen Erfolg von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Unterstützung beim Erlernen der Muttersprache in Wort und Schrift soll möglichst frühzeitig und flächendeckend erfolgen.
- Die Projekte Kita und Co. zum Übergang zwischen Kindertagesstätte und Schule und auch das von den Kommunen geforderte Kommunale Integrationszentrum sind personell und finanziell so auszustatten, dass sie dieser Aufgabe gerecht werden können.

MITEINANDER GUT LEBEN: WENIGER, ÄLTER, BUNTER, GESÜNDER

Der demografische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen. Der Anteil der älteren Menschen in unserer Gesellschaft steigt. Die familiären Strukturen haben sich verändert. Es gibt immer mehr Alleinerziehende und Menschen aus anderen Herkunftsländern. Jüngere Menschen wandern ausbildungs- oder studienbedingt ab. Besonders wichtig ist hierbei, die Infrastruktur im Kreis dieser Entwicklung an zu passen.

Dazu gehört auch die Möglichkeit des Einkaufens um die Ecke. Mit dem Masterplan Quartier unserer NRW-Landesregierung haben wir ein nützliches Konzept an die Hand bekommen, was wir entsprechend der Vielfältigkeit unserer Gemeinden und Kommunen im Kreis ausgestalten können.

Diese sollte im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgen.

Wir setzen uns ein

- für Projekte des altersgerechten und generationsübergreifenden Wohnens. Neue Betreuungsstrukturen sollen es älteren Menschen ermöglichen, möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung wohnen zu bleiben. Familien, Kinder, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund sind in ihrem Alltag zu unterstützen
- für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um den demografischen Wandel besser zu bewältigen
- für eine/n Demografiebeauftragte/n für die kreisweite Koordinierung.

INTEGRATION VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Die Grundlage für die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft ist Vielfalt und gegenseitiger Respekt.

Für AussiedlerInnen und Menschen aus vielen Nationen ist der Kreis Herford zu einer neuen Heimat geworden. Sie bereichern unser Leben mit ihren gesellschaftlichen Beiträgen und ihrer Kultur. Durch Eingewanderte, ihre Kinder und Enkel ist die Bevölkerung im Kreisgebiet eine der jüngsten bundesweit, diese demografische Chance wollen wir nutzen.

Im Kreis Herford leben viele Menschen, die Flucht und Vertreibung aus eigener Geschichte heraus kennen. Wir GRÜNEN verschließen unsere Augen nicht vor dem Leid und der Unterdrückung von Menschen im Ausland.

Asylsuchende kommen aus zum Teil traumatisierenden Fluchtumständen zu uns in den Kreis Herford, in eine für sie völlig fremde Kultur. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, sie im Rahmen der Möglichkeiten beim Bewältigen des alltäglichen Lebens zu unterstützen. Bei der Bearbeitung von Asyl- und Ausländerangelegenheiten erwarten wir ein Vorgehen, das Gesetze und Rechtsvorschriften im Sinne von Menschenrechten und Grundrechten interpretiert und den Menschen hilft, hier eine neue Heimat zu finden.

Wir setzen uns ein

- für die Aufnahme von Flüchtlingen im Kreis Herford und heißen sie willkommen
- für eine erfolgreiche Integration, für Chancengleichheit und gegen Diskriminierung

- für die Stärkung der örtlichen Integrationsräte
- für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung des Kreises und für die Beschäftigung von mehr Menschen mit Migrationshintergrund
- für ein erfolgreiches „Kommunales Integrationszentrum“ und die Sicherstellung der Arbeit

GESUNDHEITSFÖRDERUNG GEHT VOR

Wir GRÜNEN im Kreis Herford unterstützen die bundesweite Forderung der Grünen nach einem eigenständigen Präventionsgesetz als Grundlage für eine wohnortnahe, allen zugängliche und bezahlbare Gesundheitsvorsorge.

Viele Erkrankungen wären vermeidbar, wenn Prävention und Gesundheitsförderung ein größerer Stellenwert eingeräumt würde. Angebote zur Gesundheitsförderung und zur Gestaltung gesünderer Lebensweisen sollten die Menschen von Kind an bis ins hohe Alter erreichen. Älteren Menschen fällt es leichter, psychisch und körperlich fit zu bleiben, wenn sie Anschluss an ein soziales Netzwerk haben.

Kinder und Jugendliche aus armen Familien oder Familien mit Migrationshintergrund tragen ein höheres Gesundheitsrisiko. Insbesondere finanziell schlechter gestellte Menschen sind auf bezahlbare Angebote angewiesen.

Auch im Kreis Herford kündigt sich der Hausärzte- und Pflegekräftemangel an.

Wir fordern, dass

- das Gesundheitsamt des Kreises personell so ausgestattet wird, um Aufgaben der Prävention zu übernehmen
- Attraktivitätssteigerung als Anreiz zur Niederlassung von Ärztinnen, Ärzte und Menschen aus anderen Gesundheitsberufen einen politischen Stellenwert bekommt
- der Grundsatz „ambulant vor stationär“ mit der Einrichtung von Pflegestützpunkten wohnortnah umgesetzt wird
- eine unabhängige Patientenberatung angeboten wird, durch die die Betroffenen und ihre Angehörigen über Behandlungsmöglichkeiten und Patientenrechte gut informiert werden

EXISTENZ SICHERN, TEILHABE GARANTIEREN, SELBSTBESTIMMUNG ERMÖGLICHEN

Das Grundgesetz betont in Artikel 20 Abs. 1 ausdrücklich die Sozialstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland. Alle Menschen sollen in diesem Staat die Chance haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Zur sozialstaatlichen Verpflichtung gehört ein ausreichendes Einkommen zur Finanzierung einer angemessenen Lebensführung. Deshalb sind wir für einen gesetzlichen Mindestlohn; hingegen sind Niedriglöhne, die mit Arbeitslosengeld II/Sozialgeld aufgestockt werden müssen, problematisch.

Hilfeleistung beinhaltet neben finanzieller Unterstützung auch eine gute Beratung. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Erhaltung der dezentralen Struktur von Beratungsstellen.

Wir fordern

- einen jährlichen Armutsbericht für den Kreis Herford, damit eine sinnvolle Maßnahmeplanung für Menschen in Notlagen erfolgen kann
- den Kreis auf, Angebote der Kommunen im Rahmen des Wittekindpasses zu koordinieren
- Einrichtungen wie z.B. die Schuldnerberatung, Maßarbeit e.V. oder die Recyclingbörse weiter zu fördern
- eine zentrale Anlaufstelle (Ombudsfrau/Ombudsmann) für alle BezieherInnen von Hilfeleistungen zur Unterstützung bei Schwierigkeiten mit dem Jobcenter und den Sozialämtern
- eine einwohnernähere Arbeit des Jobcenters mit angemessenen Arbeitsbedingungen für deren MitarbeiterInnen
- die Umsetzung unseres Antrages, dass die Kreisverwaltung, unter Beteiligung der kommunalen Sozialverwaltungen, des Job-Centers und der Agentur für Arbeit, Arbeitsgelegenheiten schafft, selbstverständlich mit zusätzlichen Fördermitteln

GLEICHSTELLUNG IN ALLEN BEREICHEN

In den Schulen haben Mädchen mittlerweile die besseren Abschlüsse. Im öffentlichen Dienst muss bei gleicher Qualifikation von Mann und Frau die Frau befördert werden. Durch eine bessere Betreuung für Kinder und Kurzzeitpflegeplätze wird es leichter, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Das Bewusstsein der Wirtschaft für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte geschärft werden. Ein familienfreundlicher Kreis Herford und eine familienfreundliche Wirtschaft sind die wirksamste Strategie, weiterhin ausreichend gut qualifizierte Fachkräfte zu haben.

Außerdem merken Frauen im öffentlichen Dienst und erst recht in der Privatwirtschaft, dass über ihnen eine „gläserne Decke“ hängt, die sie trotz Karrierewunsches nicht durchstoßen können.

Die Aufwertung der Arbeitsfelder in denen vor allem Frauen arbeiten ist dringend notwendig, anders kann die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männer von zur Zeit 22% kaum verringert werden. Und so werden manche Arbeitsfelder vielleicht auch für Männer interessanter (Erzieher, Grundschullehrer usw.)

Die Arbeit der Gleichstellungsstellen hat sich bewährt und ist weiterhin notwendig, auch um die Rahmenbedingungen für die Bereitschaft und Möglichkeit von Frauen zu Existenzgründungen zu schaffen. Das Landesprogramm ‚Competencia NRW‘ mit dem ‚Kompetenzzentrum Frau und Beruf Ostwestfalen-Lippe‘ kann mit einer halben Stelle für den Kreis Herford diese Aufgabe nicht bewältigen.

Wir setzen uns ein

- für die langfristige und verlässliche Finanzierung des Frauenhauses, der Frauenberatungsstelle und der Mädchenberatungsstelle „femina vita“
- dass Arbeitsagentur und Jobcenter ihrer Verpflichtung zur Weiterbildung und Förderung auch von erwerbslosen Frauen, die keine Transferleistungen

beziehen, nachkommen

- für die konsequente Gleichstellung von Schwulen, Lesben, Bi- und Transsexuellen und wenden uns gegen jegliche Form von Diskriminierung
- für ein Modellprojekt für schwul-lesbische Aufklärungsarbeit in den Schulen im Kreisgebiet

DIE JUGEND IST UNSERE ZUKUNFT

Die Bedürfnisse der Jugendlichen ändern sich schnell. Entsprechend flexibel sollten die Angebote der offenen Jugendarbeit sein. Sie sind jetzt und immer wieder neu auf die Frage hin zu überprüfen, ob die Jugendlichen sich von ihnen noch angesprochen fühlen. Insbesondere die Angebote für Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren sind ausbaufähig.

Wir setzen uns ein

- für die weitere Unterhaltung und Schaffung kommunikativer Treffpunkte für nicht vereinsgebundene Jugendliche
- die Unterstützung kultureller Eigeninitiativen von Jugendlichen und die Stärkung der aufsuchendeN Jugendsozialarbeit im Kreis Herford
- für ein jugendgerechtes Angebot des Bus- und Bahnverkehrs und die Ausweitung der SchülerInnen- und auch Auszubildendentickets für den Freizeitbereich
- für eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Meinungsbildung der Kommunalparlamente. Zu jugendpolitischen Themen sollen Kinder und Jugendliche öffentlich angehört werden
- für die geschlechtersensible Stärkung von Mädchen und Jungen, dass sie sensibilisiert für Konfliktsituationen und Ausgrenzung sind, selbst und mit anderen Handlungsstrategien entwickeln können und im respektvollen Umgang geübt sind. Die vorhandenen Ansätze sollen mehr Wertschätzung erfahren und ausgeweitet werden

LISTE DER KANDIDATINNEN DER WAHLBEZIRKE DES KREISES HERFORD:

Rödinghausen I	Heike Schrader
Bünde II	Angela Holstiege
Bünde III	Elmar Holstiege
Bünde IV	Christian Kowalewsky
Bünde V	Frauke Wellensieks
Kirchlengern VI	Sabine Oberhommert
Kirchlengern VII	Holger Stüber
Löhne VIII	Kerstin Prätorius
Löhne IX	Fabiola Scheer
Löhne X	Dieter Glander
Löhne XI	Stefan Galle
Spenge XII	Miriam Pia Wittemeier
Spenge XIII	Angelika Fleischer
Enger XIV	Ingeborg Balz
Enger XV	Maik Babenhauserheide
Hiddenhausen XVI	Bernhard Weil
Hiddenhausen XVII	Christos Zioudas
Herford XVIII	Michael Büker
Herford XIX	Anne Margarethe Deimel
Herford XX	Beate John
Herford XXI	Irmgard Pehle
Herford XXII	Laura Weithöner
Herford XXIII	Gerd Teuteberg
Vlotho XXIV	Ingo Ellermann
Vlotho XXV	Kai Zienow

V.i.S.-d. P.: Bündnis 90/Die Grünen - Kreisverband Herford, Clarenstr. 22, 32052 Herford

Grüne KV Herford
Clarenstr. 22
32052 Herford
www.gruene-kreis-herford.de

